

Gewalteskalation im Kaukasus, Verhärtung in Rußland

Uwe Halbach

Die bislang dichteste Serie von Terroranschlägen in Rußland zwischen dem 24. August und 1. September 2004 steht mit insgesamt 430 Todesopfern für eine neue Dimension von Gewalt. Die Geiselnahme von Kindern im nordossetischen Beslan hat der Politik eine Reihe von Lektionen erteilt: die totale Entgrenzung terroristischer Gewalt in Hinblick auf die »Weichheit« ihrer Anschlagziele, das Gesamtbild von Instabilität im Nordkaukasus sowie die Perspektive weitreichender Verhärtung Rußlands in Reaktion auf die wahrgenommenen Bedrohungen. Bei aller Komplexität der Konfliktlage in der kaukasischen Peripherie Rußlands und ungeachtet der Ausweitung terroristischer Gewalt bleibt das ungelöste Tschetschenienproblem in diesem Kontext der zentrale Faktor.

Nordossetien hat als Schauplatz der Geiselnahme einmal mehr die räumliche und zeitliche Nähe kaukasischer Konflikte und Gewaltereignisse erkennen lassen. Bevor diese nordkaukasische Teilrepublik der Russischen Föderation am 1. September in die Schlagzeilen geriet, stand die aus dem Staatsverband Georgiens ausgescherte Region Südossetien im Fokus internationaler Aufmerksamkeit. Die Sorge galt hier einem Wiederaufflammen eingefrorener Sezessionskonflikte und einer georgisch-russischen Konfrontation. Die Geiselnahme in Beslan stand zudem in engem Zusammenhang mit Gewaltakten inguschetischer und tschetschenischer Terroristen, die sich am 22. Juni 2004 gegen Polizeiposten und Strukturen des Inlandsgeheimdienstes FSB in der Teilrepublik Inguschetien gerichtet und etwa 100 Todesopfer gefordert hatten.

Aber auch Probleme, die der internationalen Wahrnehmung längst entrückt waren, wurden durch Beslan wieder in Erinnerung gerufen. In Nordossetien tobte 1992 ein kurzer, blutiger Konflikt zwischen Osseten und Inguschen um einen Distrikt bei Wladikawkas, der Hauptstadt der Teilrepublik. Hinweise darauf, daß sich Inguschen unter den Geiselnemern befanden, möglicherweise sogar in ihrer Führung, resultierten in einer Wiederbelebung dieses interethnischen Konflikts.

Im Ostabschnitt des Nordkaukasus rund um Tschetschenien kann folglich kein Gewaltereignis mehr isoliert betrachtet werden. Aber auch aus Gebieten im zentralen Abschnitt wie der Teilrepublik Kabardino-Balkarien wird von Kämpfen zwischen lokalen Ordnungskräften und diversen Gewaltakteuren berichtet. In

vielen russischen Kommentaren wird das insgesamt hohe Konfliktpotential im Nordkaukasus als Hintergrund für den Terrorakt in Beslan diskutiert. Präsident Putin identifizierte das Hauptmotiv des Terrorkommandos in der Absicht, »Haß zwischen den Völkern zu säen und den ganzen Kaukasus in die Luft zu jagen«.

Der Nordkaukasus im Brennpunkt

In der europäischen Wahrnehmung hatte Rußland im Verhältnis zu seinem kaukasischen Hoheitsgebiet ausschließlich Probleme mit Tschetschenien. Aber über diesen Schlüsselkonflikt hinaus besteht im Nordkaukasus die stärkste Verdichtung »akuter gewalthafter Krisen in Europa nach der Deeskalation der Balkankonflikte« (*Heidelberger Konfliktbarometer*). Die besondere Stellung der Region für Rußland erschließt sich aus mehreren Faktoren:

Ihre *sicherheitspolitische Bedeutung* liegt vor allem darin, daß sie nach dem Zerfall der Sowjetunion zur kritischsten Grenzregion Rußlands geworden ist – mit porösen Grenzen, Transitzonen für Drogen, Menschenhandel, Waffen. Verbesserte Grenzsicherung ist denn auch die Hauptforderung russischer Kommentare über Sicherheitsmaßnahmen nach Beslan.

In *geopolitischer und -ökonomischer Hinsicht* fällt die Transitfunktion ins Gewicht, die nordkaukasische Gebiete für den Export kaspischer Energierohstoffe über russisches Territorium haben. Diese Funktion wird in russischen geopolitischen Kommentaren als Hauptmotiv für ein Eingreifen »externer Mächte« gedeutet, die Rußland nicht nur aus seinem »nahen Ausland« im kaspischen Raum, sondern auch aus seinem kaukasischen Hoheitsgebiet verdrängen möchten.

In der Konfliktdanalyse ragt der Nordkaukasus mit seinem Potential für *ethno-territoriale Konflikte* heraus, deren Wurzeln in sowjetische Zeit zurückreichen, erinnert sei nur an die Periode der ethnischen Deportationen unter Stalin.

In *sozialökonomischer Hinsicht* ist insbesondere der östliche Abschnitt des Nord-

kaukasus eine Elendszone der Russischen Föderation. Dagestan, Inguschetien, ganz zu schweigen von dem in zwei Kriegen zerstörten Tschetschenien gehören zu den Regionen, die am elementarsten auf Zuweisungen aus dem föderalen Haushalt angewiesen sind. Verarmung und Arbeitslosigkeit (in Tschetschenien mehr als 70%) bilden den Nährboden für das Wuchern krimineller Wirtschaftsaktivitäten. Selbst wenn man den Sonderfall Tschetschenien ausklammert, steht diese Region in der Statistik der Gewaltereignisse in Rußland an oberster Stelle.

Auch durch seine *politische Legitimitätskrise und die Schwäche seiner Führungen* ragt der Nordkaukasus hervor. Die Führungsspitzen in Inguschetien und Nordossetien wurden unter Präsident Putin bevorzugt aus föderalen oder regionalen Sicherheitsapparaten rekrutiert, was aber weder zur Sicherheit der Region noch zur politischen Legitimation ihrer Regierungen beigetragen hat. Der einzige lokale Politiker mit Format und Autorität, Ruslan Auschew, wurde wegen seiner kritischen Haltung zur russischen Tschetschenienpolitik und der Aufnahme von Flüchtlingen als Präsident Inguschetiens durch Murat Sjasikow ersetzt, einen FSB-Mann. Der erlangte in den Augen der Bevölkerung nicht einmal das Mindestmaß an politischer Autorität und versagte in der Beslan-Tragödie jämmerlich. Der Nordkaukasus ist ein Paradebeispiel dafür, daß Kandidaten des Kreml nicht zum Segen der Region gereichen.

Nicht zu vernachlässigen ist zudem der *kolonialgeschichtliche Hintergrund*: Nirgendwo war die Unterwerfung fremder Völker und Kulturen unter russische Oberherrschaft seit dem 16. Jahrhundert so stark von Gewalt und Gegengewalt geprägt wie im muslimischen Teil des Kaukasus. Dennoch ist die Vorstellung falsch, in breiteren Teilen der Bevölkerung dieser Region herrsche heute eine Präferenz für Unabhängigkeit von Rußland vor. Der in den frühen neunziger Jahren von tschetschenischen Nationalisten eingeschlagene Weg der radikalen Lostrennung von Rußland fand in Nachbar-

republiken wie Dagestan kaum Nachahmer. Die Entwicklung der »tschetschenischen Republik Itschkerien«, die zwischen 1996 und 1999 faktisch von Rußland uabhängig war, galt den Nachbarn als eher abschreckendes Beispiel.

Nicht zuletzt liegt die Besonderheit des Nordkaukasus in der Rolle, die Regionen wie Dagestan und Tschetschenien bei der **Radikalisierung »islamischer Wiedergeburt«** spielen: Das Eingreifen radikal-islamistischer, extern unterstützter »wahhabitisch« Kräfte in diesen Prozeß hat hier für ein Maß an Konflikt und Irritation gesorgt wie in kaum einer anderen muslimischen Region des postsowjetischen Raums.

Informationspolitik und Feindbildfixierung

Beslan markiert einen Höhepunkt der Bemühungen russischer Behörden, der Öffentlichkeit bei Ereignissen im Umfeld des ungelösten Tschetschenienkonflikts Informationen vorzuenthalten und Desinformation zu verbreiten. Kritische russische Journalisten wurden vom Ort des Geschehens ferngehalten. Auffällig war das Bestreben, jeglichen Zusammenhang zwischen der Tschetschenienpolitik des Kreml und der Terrorismusdiffusion zu leugnen. Dafür wurde um so nachdrücklicher hervorgehoben, daß der Angriff auf Rußlands Schwachstellen im Nordkaukasus »von außen« erfolgt sei.

Diese Darlegung fügt sich in die russische Informationsstrategie ein, die den zweiten Tschetschenienkrieg von Anfang an begleitete. So lautete einer der frühesten Kommentare Putins zu diesem Krieg im September 1999, es handle sich hier um einen »Krieg gegen Rußland, den uns der internationale Terrorismus mit dem Ziel erklärt hat, Territorien mit reichen Bodenschätzen in Besitz zu nehmen«. In seiner Rede an die Nation anläßlich der Tragödie von Beslan knüpfte Putin hier an: Einige ausländische Staaten sähen in Rußland die Atommacht, die für sie immer noch eine Bedrohung darstelle. Deshalb wollten sie

diese Bedrohung ausschalten. »Und der Terrorismus ist natürlich nur ein Instrument zur Erreichung solcher Ziele«. Hier wird eine Verschwörungstheorie verbreitet, nach der westliche Mächte in Kooperation mit islamistischen Terroristen alles daran setzen, Rußland zu schwächen und aus seinen historischen Herrschaftsgebilden zu verdrängen. Dieses geopolitische Tableau wurde in der Vergangenheit eher durch das überzogene Bild vom unermeßlich rohstoffreichen kaspischen Raum überblendet, in dem externe Akteure mit unversöhnlichen Pipeline- und Ölinteressen aufeinanderprallen.

Einige Kommentatoren in Rußland, darunter Außenminister Lawrow, nahmen insbesondere das Nachbarland Georgien ins Visier und unterstellten einen kausalen Zusammenhang zwischen der Südossetienkrise und der Auswahl Nordossetiens als Tatort der Geiselnahme. »Daß der Krise, die von der georgischen Regierung in Südossetien geschaffen wurde, die Geiselnahme in Nordossetien folgte, bis dahin eine der ruhigsten Republiken der Region, legt bestimmte Gedanken nahe« – so Lawrow. Solchen georgienfeindlichen »bestimmten Gedanken« steht allerdings die Mahnung einiger russischer Regionalexperten an den Kreml entgegen, angesichts der eigenen Probleme im Nordkaukasus die Kontroverse mit Georgien über Südossetien zu beenden. Südossetien müsse unmißverständlich als Bestandteil Georgiens behandelt, sein Status als autonomes Gebiet anerkannt werden. Beim Umgang mit Sezessionskonflikten im »nahen Ausland« wird jedenfalls russische Doppelmoral deutlich. Während sich Moskau im Falle seines Sezessionskonflikts mit Tschetschenien jede Kritik an seinem Vorgehen und ausländische Einmischung verbittet, unterstützt es separatistische Kräfte im »nahen Ausland«, von Transnistrien bis Südossetien.

Die Vorstellung eines »Angriffs von außen« bestimmte schließlich auch die Ankündigung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Jurij Balujewskij, die russische

Armee stelle sich nun auf Präventivschläge gegen terroristische Basen »in jeder Weltregion« ein. In Anlehnung an die amerikanische rhetorische Reklamation des Rechts auf Präventivschläge gegen auswärtige Terrorismusbasen hatte Moskau bereits im Jahr 2002 gegen Georgien entsprechende Drohungen ausgesprochen – mit Blick auf das unkontrollierte Pankisi-Tal. Flugzeuge aus dem russischen Luftraum haben damals mehrfach georgisches Territorium bombardiert, wozu sich Moskau offiziell allerdings nicht bekannt hat.

»Dschihadisierung« von Regionalkonflikten

Die These externer Einmischung in Rußlands Regionalkonflikte im Nordkaukasus ist gleichwohl kein bloßes Propagandagebilde. Es ist unstrittig, daß sich international vernetzte Dschihad-Aktivisten an der Seite von Tschetschenen im Kampf gegen Rußland und an der Organisation von Terrorakten »im Feindesland« beteiligen. Die »Dschihadisierung« des Tschetschenienkonflikts fügt sich in eine mittlerweile weltweit zu beobachtende Konstellation ein: Zwischen den Südphilippinen und dem Balkan gibt es kaum noch einen Regionalkonflikt mit muslimischer Bevölkerungskomponente und separatistischem oder anderem politischen Hintergrund, an den der transnationale islamistische Terrorismus nicht andockt. Das Wesen und die Genese des jeweiligen Konflikts werden nicht von dieser »Dschihadisierung« bestimmt. Sie sorgt aber für die Entgrenzung von Regionalkonflikten.

Das massiv gewalthafte Vorgehen russischer Truppen zur Unterdrückung des tschetschenischen Separatismus hat dazu beigetragen, daß Tschetschenien ein Solidarisierungsthema für Islamisten geworden ist. Und als solches wird es nicht mehr lange hinter anderen Referenzkonflikten für Dschihad wie Afghanistan, Palästina, Kaschmir und Irak zurückstehen. Die Auswirkungen dieser islamistischen Überlagerung eines Sezessionskonflikts, der ur-

sprünglich mit Islam wenig zu tun hatte, betreffen auf Dauer nicht nur Rußland, sondern auch Europa und Deutschland. Bei Ermittlungsverfahren gegen Angehörige militanter islamistischer Zellen taucht Tschetschenien als Solidarisierungsthema vermehrt auf. Es mobilisiert auch »Mudschahedin« in Deutschland.

Bei der Geiselnahme in Beslan wurde auf die Beteiligung von Angehörigen verschiedener Nationalitäten des postsowjetischen Raums hingewiesen. Laut widersprüchlichen Berichten sollen neben kaukasischen Terroristen auch Kasachen, Usbeken, Tataren, Ukrainer und Koreaner involviert gewesen sein. Taschkent dementierte die Beteiligung von Usbeken, und die Erwähnung ethnischer Kasachen provozierte dringliche Nachfragen der kasachischen Regierung an Moskau. Die Gefahr einer »postsowjetischen terroristischen Internationale« wird grundsätzlich auch in den Hauptstädten GUS-Zentralasiens ernst genommen. Der Beweis für eine Beteiligung von Terroristen in Beslan, die nicht aus dem GUS-Raum stammen, steht dagegen aus. Über die »neun Araber und einen Schwarzen«, die der FSB ausgemacht haben will, ist nichts weiter bekannt geworden.

Gibt es noch Auswege aus der Gewaltspirale?

Die »politische Lösung« zur Beendigung dieser Gewalt ist längst zur hohlen Phrase geworden. Eine rasche Befriedung Tschechiens ist in keinem Fall abzusehen. Weltweit verfügt niemand über ein Patentrezept für eine wirksame Regelung dieses besonders vielschichtigen, festgefahrenen Konflikts, der von tiefreichenden historischen Hintergründen und enormen Ausmaßen von Gewalt geprägt ist. Das kann jedoch kein Argument für die internationale Politik sein, das Thema Tschetschenien zu meiden.

Drei Richtungen von Handlungsoptionen wären immerhin zu benennen, die allerdings sämtlich mit Vorbehalten verbunden sind. Die Vorbehalte gelten der

geringen Flexibilität russischer Tschetschenienpolitik sowie der Tatsache, daß im zweiten Tschetschenienkrieg eine wachsende Zahl von Rebellen in das Lager terroristischer Gewalt übergewechselt und sich so weit in die Netzwerke des internationalen Dschihad-Aktivismus verstrickt haben, daß sie in keinen politischen Dialog mehr einzubinden sind. Würden sich russische Truppen aus Tschetschenien zurückziehen, wären terroristische Akteure im Kaukasus noch längst nicht demotiviert. Tschetschenien gehört zu den austauschbaren Konflikten, die von Terroristen als Rekrutierungsumfeld genutzt werden und »die sie als propagandistische Schleier vor ihr eigentliches Ziel hängen«. Den Terroristen ihre Scheinrechtfertigungen zu entziehen und sie zu isolieren, sie vor allem innerhalb Tschetscheniens selbst zu marginalisieren bleibt gleichwohl die einzige Option eines Auswegs aus dem Teufelskreis. Die Voraussetzungen dafür sind in Tschetschenien selbst nicht einmal ungünstig, lehnt die Bevölkerung in ihrer Mehrheit doch terroristische Gewalt und islamistischen Radikalismus ab und sehnt sich nach einem Mindestmaß an Normalität und Sicherheit.

Die Verhandlungsvariante

Seit Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs wurde Rußland von westlicher Seite wiederholt aufgefordert, Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit seinen bewaffneten Konfliktgegnern in Tschetschenien aufzunehmen, das heißt mit jenem Teil des bewaffneten Untergrunds, der nicht eindeutig dem terroristischen Lager zuzuordnen ist. Niemand hat Präsident Putin je empfohlen, mit einem Terroristen wie Schamil Bassajew zu verhandeln. Ob der als Gesprächspartner empfohlene, sich selbst stets anbietende Aslan Maschadow und seine tschetschenische »Untergrundregierung« denkbare Verhandlungsergebnisse im bewaffneten Untergrund durchsetzen könnten, ist indes alles andere als klar. Die restlose Ausschaltung diverser

Gewaltakteure auf tschetschenischer Seite wäre mit einem auf diesem Weg auszuhandelnden Waffenstillstand jedenfalls nicht garantiert.

Die Konfliktlinien sind heute weit verworrener als im Jahr 1996. Damals hatte sich Maschadow als Oberkommandierender der tschetschenischen Widerstandstruppen gegenüber Moskau als pragmatischer Verhandlungspartner erwiesen und einen Waffenstillstand mit General Lebed ausgehandelt. Gegen das politische Chaos in der »tschetschenischen Republik Itscherien« konnte er sich dann nach 1997 als deren gewählter Präsident aber nicht mehr behaupten. Er war außerstande, die überbordende Gewaltkriminalität und islamistische Tendenzen einzudämmen und die Entwaffnung der Feldkommandeure aus dem ersten Tschetschenienkrieg durchzusetzen, die nun als lokale Warlords mit eigensüchtigen Interessen das Gewaltmonopol der Regierung unterliefen. Maschadow war mit diesen Aufgaben überfordert und wurde von der Außenwelt im Stich gelassen. Besonders Moskau versagte ihm jegliche Unterstützung, mit der sich Rußland damals noch ein halbwegs friedliches Verhältnis zu seinem abtrünnigen Landesteil im Kaukasus hätte erwirken können. Der Name Maschadow wurde nun mit dem »failed state« in Verbindung gebracht, als der sich Tschetschenien in der Zwischenkriegszeit präsentierte. Das ist in den Augen der lokalen Bevölkerung heute keine günstige Voraussetzung für die Maschadow zugedachte Rolle des zentralen Partners in den Verhandlungen über eine »politische Lösung« des Konflikts.

Der Kreml hat sich in diesem Punkt längst festgelegt: Vom Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs an war Moskau darauf bedacht, jegliche Unterscheidung zwischen Separatisten und Terroristen zu verwischen und den in den Untergrund gezwungenen Präsidenten Maschadow und seine Mitstreiter als Terroristen abzustempeln, mit denen Verhandlungen nicht in Frage kommen. Nach Beslan hat sich diese Haltung noch versteift: Maschadow wurde

mit Schamil Bassajew gleichgesetzt, dem brutalsten Warlord des Kaukasus, und gemeinsam mit diesem als Urheber des Anschlags gegen Kinder ausgegeben – trotz gegenteiliger Bekundungen und obwohl die »Untergrundregierung« ihre Vermittlung angeboten hatte. Auf Maschadow und Bassajew setzte Moskau ein Kopfgeld in Höhe von zehn Millionen Euro aus. Staaten, die Mitgliedern der tschetschenischen »Untergrundregierung« Asyl gewährten, wurden als Unterstützer des internationalen Terrorismus gebrandmarkt. Maschadow hat in den letzten Jahren seine »Minister« ins Exil in die USA, nach Großbritannien, Frankreich und Deutschland geschickt, um sich diplomatischen Spielraum zu erhalten. Inwieweit Moskau über inoffizielle Kanäle gleichwohl in Kontakt mit dem separatistischen Lager tritt, entzieht sich der Beobachtung.

Trotz aller Vorbehalte gegen die Verhandlungsoption darf man sich der Einsicht nicht verschließen, daß eine tragfähige Konfliktlösung unter strikter Umgehung der bewaffneten Gegner wohl nicht zu erreichen ist. Mit Vertretern Maschadows wurde bis zur Geiselnahme von Moskau im Oktober 2002 auf inoffizieller internationaler Ebene über Kompromißvarianten von Autonomie und Unabhängigkeit diskutiert. Dabei beharrten die »moderaten Separatisten« nicht mehr auf der unbedingten Unabhängigkeit Tschetscheniens, für die internationale Politik keinesfalls zu gewinnen ist. Bis heute beteuern »Außengesandte« Maschadows wie Ilias Ahmadow in den USA und Ahmad Sakajew in Großbritannien, daß nicht die Unabhängigkeit Tschetscheniens, sondern ein Waffenstillstand das Hauptanliegen bei Verhandlungen sei.

Die »Tschetschenisierungsvariante«

Präsident Putin entwickelte seit 2002 eine andere Handlungsvariante, die als »Tschetschenisierung« und »politische Lösung« des Konflikts propagiert wurde und darauf hinauslief, den prorussischen Verwaltungs-

leiter in Tschetschenien zum Präsidenten zu küren. Diese »Tschetschenisierungspolitik«, bei der die Bekämpfung des »restlichen Widerstands« und die »Normalisierung« in der Kriegszone in die Hände prorussischer Tschetschenen gelegt werden sollten, zielte auf die restlose Delegitimierung und politische Ausschaltung der Separatisten. Die Umsetzung dieser Politik im Jahre 2003 – von einem Verfassungsreferendum im März bis zu Präsidentschaftswahlen im Oktober – war aber von um sich greifender Gewalt und nicht von Normalisierung und Befriedung begleitet. Laut einer FSB-Statistik stieg die Zahl der Terroranschläge in Rußland im Jahr 2003 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 55 Prozent – und viele dieser Anschläge, insgesamt 386, wurden von tschetschenischen Akteuren verübt. Was von einigen Staatsführern der westlichen Welt voreilig als Ansatz zur »politischen Lösung« gelobt wurde, lief auf die Installierung des »Kadyrow-Regimes« in Tschetschenien hinaus, das sich eher als weitere autonome Konfliktpartei denn als respektierte Ordnungsmacht in der Konfliktzone behauptete.

Gibt es Perspektiven für eine »echte Tschetschenisierungspolitik«, eine konfliktmindernde »politische Lösung« unter Umgehung des bewaffneten Untergrunds und Entlassung der russischen »Ordnungshüter« aus Tschetschenien? Eine solche Politik dürfte sich nicht einseitig an Kremlprotegés für eine Präsidentschaftswahl in der Konfliktzone binden, sondern müßte der Bevölkerung die Wahl zwischen einigermaßen namhaften Kandidaten lassen und den schließlich gewählten Präsidenten mit einem Minimum an Legitimität ausstatten. Sodann müßte das Ansehen dieser tschetschenischen Regierung mit massiven und effektiven, das heißt vor Korruption einigermaßen geschützten Wiederaufbaumaßnahmen gemehrt werden. Rußland wird hierfür internationale Hilfe beanspruchen müssen.

Auch die Variante der »Tschetschenisierung« ist mit Vorbehalten verbunden: eine »echte Wahl« kann unter den in Tschetsche-

nien herrschenden Bedingungen mörderische Wahlkämpfe zeitigen. Namhafte Präsidentschaftskandidaten kämen heute aus der tschetschenischen Diaspora Moskaus, da die tschetschenische Intelligenz in der Konfliktzone selbst nicht überleben konnte. Dabei gilt die Präsidiengewalt als unvereinbar mit der traditionellen politischen Kultur Tschetscheniens, die dezentral war und stets den komplizierten Ausgleich zwischen tribalen Segmenten der tschetschenischen Gesellschaft suchen mußte; »Tschetschenisierung« kann aus Tschetschenien ein Afghanistan machen und die Gewalt auf einen innertschetschenischen »Bürgerkrieg« verlagern. Außerdem steht die »echte«, das heißt nicht »vasallengestützte« Tschetschenisierungspolitik derzeit nicht zur Disposition. Denn auch hier hat sich der Kreml festgelegt, indem er sich nach der Ermordung Ahmad Kadyrows für die Unterstützung des Kadyrow-Klans entschieden und in diesem Kontext am 29. August eine Wahlfarce in Tschetschenien zur Bestätigung seines Kandidaten Alu Alchanow veranstaltet hat. In einer Konferenz mit westlichen Journalisten am 7. September sprach Putin von einer »flexibleren« Tschetschenienpolitik, die in den demnächst anstehenden Parlamentswahlen sichtbar werden soll.

Die »dritte Kraft«

Im Umfeld inoffizieller Kontakte mit Maschadow gab es Überlegungen, die von der Notwendigkeit einer »dritten Kraft« für eine friedliche Regelung des Tschetschenienkonflikts ausgingen. Die Vorstellungen externer und neutraler Konfliktmakler reichten dabei von Föderationssubjekten Rußlands wie Tatarstan über einzelne Drittstaaten und über die GUS bis zu internationalen Organisationen wie UNO, OSZE oder Europarat. Für eine Internationalisierung der Konfliktbearbeitung wurden unterschiedliche Stufen erwogen: von der Einschaltung internationaler Organisationen in die Verhandlungsführung zwischen den Konfliktseiten bis hin zu einem internationalen Pro-

tektorat in der Konfliktzone unter dem Vorzeichen einer »konditionierten Souveränität« Tschetscheniens. Jeglicher Ansatz von »Internationalisierung« scheiterte jedoch bislang an der Abwehrhaltung des Kreml, der sich hier auf den »innerstaatlichen« Charakter des Konflikts beruft, auch wenn er noch so sehr den »Angriff von außen« und den transnationalen Charakter der russischen Gegner in diesem Konflikt betont. Außerdem drängt sich derzeit keine Kraft in der internationalen Politik danach, in Tschetschenien wirklich Verantwortung zu übernehmen und etwa Friedenstruppen in die dortige undurchsichtige Gemengelage zu entsenden, die von diversen Gewaltakteuren und Gewaltmotivationen bestimmt wird. Tschetschenien war bisher ein gemiedenes Thema internationaler Politik. Ob der Schock von Beslan tief genug sitzt, dies zu ändern, bleibt abzuwarten.

Verhärtung Rußlands als Reaktion auf Beslan

Bleibt noch die Handlungsoption des »Siegfriedens«, des Weiterkämpfens bis zur restlosen Vernichtung des bewaffneten Gegners. Doch dieser Gegner kann nicht restlos vernichtet werden. Im zweiten Tschetschenienkrieg wurde sein militärisches Potential zwar erheblich geschwächt, wurden die Reihen der Feldkommandeure und aktiven Kämpfer stark gelichtet. Aber dadurch nahm der Widerstand immer mehr den Charakter des asymmetrischen Kampfes an, mutierten Guerillas zu Terroristen und bekamen Zulauf von außen. Die »Restbestände« der bewaffneten Rebellen, von denen Moskau nach Beendigung der Kriegsphase zu sprechen begann, sind noch immer in der Lage, ein Maß an Gewalt zu mobilisieren, das Rußland nicht mehr zur Ruhe kommen ließe. Härte gegen Terroristen, wie sie Präsident Putin angesichts von Hunderten Todesopfern, von ermordeten Kindern in Beslan erneut beschwor, ist zwar eine Formel, die weltweit Unterstützung verdient. Doch das gravierende Problem mit der »russischen Härte« sind im

Kaukasus ihre Präzision und ihre Wirkung. Anstelle der gezielt gegen bewaffnete Gegner eingesetzten Gewalt stand im zweiten Tschetschenienkrieg ein militärisches Vorgehen, bei dem das Einsatzgebiet der »Antiterroroperation« verwüstet und ein erheblicher Teil der lokalen Zivilbevölkerung vernichtet wurde. Der Effekt: das Gegenteil von dem, was angekündigt worden war – die Schaffung eines Habitats für terroristische Gewalt. »Weiter so!« und Gewaltsteigerung geht nicht, wenn die Welt nicht die restlose Vernichtung Tschetscheniens und die Eskalation terroristischer Gewalt in seinem Umfeld zu akzeptieren bereit ist.

Verhärtungstendenzen nach Beslan reichen weit über die russische Tschetschenienpolitik hinaus. Präsident Putin will nun die Regionen und »Föderationssubjekte«, die seit seinem Amtsantritt vor vier Jahren einem Prozeß der Rezentralisierung unterworfen sind, so weit an die Kandare nehmen, daß von einer Föderation nichts mehr übrigbleibt. Die angekündigte Föderale Kommission für den Nordkaukasus unter Leitung von Dmitrij Kosak, die sich intensiv mit Ursachen der Gewaltentwicklung in der Region auseinandersetzen soll, ist zwar das plausibelste Element der Reaktionen auf Beslan. Ob sie eine Wende in der russischen Kaukasuspolitik einleiten wird, ist jedoch fraglich. Bislang lieferte der Nordkaukasus den Beweis dafür, daß die Straffung der Putinschen Machtvertikale nicht zu einer verbesserten Regionalpolitik beiträgt. Verhärtung ist nach Beslan die Antwort auf jeden kritischen Einwand gegen die russische Tschetschenienpolitik. Das könnte das außenpolitische Verhalten Rußlands gegenüber Europa und den USA beeinflussen.

Folgen für westliche Rußland- und Kaukasuspolitik

Verteidigungsminister Segej Iwanow erklärte in einem Fernsehinterview, angesichts der Bedrohung durch Terrorismus sei eine Basis gegenseitigen Verständnisses mit den USA leichter zu finden »als mit

vielen europäischen Staaten«. Das war auf die Tatsache gemünzt, daß Rußland nach dem Schulteranschlag mit Präsident Bush im »war on terrorism« aus den USA weniger Kritik an seiner Tschetschenienpolitik erfuhr als aus Europa, wo sich zumindest der Parlamentarische Ausschuß des Europarats und kleinere Mitgliedstaaten mit den massiven Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus befaßten.

Wenn sich die Akteure internationaler Politik eine Mitsprache bei dem immer bedrohlicher werdenden ungelösten Tschetschenienproblem offenhalten möchten, sollten sie sich von Moskau nicht in »verständnisvolle« und »verständnislose« Partner auseinanderdividieren lassen. Nach wie vor bestehen hier Einflußmöglichkeiten über die Kritik um ihrer selbst willen hinaus: Sie betreffen einige der oben vorgestellten Handlungsoptionen – bei aller nüchternen Einsicht, daß es die rasche und restlose Konfliktbewältigung in diesem Fall nicht gibt. Für die Verhandlungsoption wäre gleichzeitiger Druck auf Moskau und auf Maschadow notwendig. Letzterer muß sich vom terroristischen Flügel des bewaffneten Untergrunds unmißverständlich distanzieren, die Bereitschaft zeigen, gegen diese Kräfte zu kämpfen, und die Option staatlicher Unabhängigkeit für Tschetschenien hinter Ziele wie den Waffenstillstand mit Rußland und die Gewaltreduktion in Tschetschenien zurückstellen. Bei der »Tschetschenisierungsoption« ist massive internationale Unterstützung für ein Wiederaufbauprogramm unerläßlich. Auf die »dritte Kraft« kann wohl letztlich nicht verzichtet werden, wenn in Tschetschenien irgendwann einmal friedlichere Verhältnisse einkehren sollen. Europa in Gestalt der EU tastet sich in letzter Zeit an eine Südkaukasus-Politik heran und muß nun erfahren, daß Konfliktzonen in einem Land wie Georgien nicht von der nordkaukasischen Dimension regionaler Dynamik abgetrennt werden können. Solange der Nordkaukasus die Gewaltzone Rußlands bleibt, stößt internationale Stabilitätspolitik im Südkaukasus auf enge Grenzen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364